

Die Pferdenärrin im Bundesparlament

Die Berner SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler engagiert sich an vorderster Front gegen die Waffeninitiative. Das Volksbegehren bringe keineswegs das, was man sich erhoffe, argumentiert die politisierende Polizistin.

Von Urs Zurlinden

Bern. – Sie ist wohl die erste und einzige Parlamentarierin, die hoch zu Ross von oben herab beobachten kann, wie die ehrenwerten Gäste der ausländischen Diplomatie über den roten Teppich ins Bundeshaus schreiten. Andrea Geissbühler, SVP-Nationalrätin aus der bernischen Agglomeration, hatte am Mittwoch Dienst und den Auftrag, als berittene Polizistin in ihrer blauen Uniform und mit aufgesetztem Helm den Neujahrsempfang zu überwachen. Der Einsatz begann am Morgen, die vom Nationalen Pferdezentrum ausgeliehenen Armeepferde wollten gezäumt und eingeritten werden, damit sie auf dem Bundesplatz nicht unnötig nervös herumtänzeln. Geissbühlers Kayus machte problemlos mit.

Abends trat die Reiterin dann in einer völlig anderen Rolle auf: An der Delegiertenversammlung der Berner SVP war die Vorlage für die Abstimmung vom 13. Februar traktandiert. Geissbühler hatte den Part übernommen, das Nein zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zu ver-

Geissbühler und folgert: «Mit der Initiative kann nicht das erreicht werden, was man sich erhofft.» Die Schweiz habe heute schon eines der weltweit strengsten Waffengesetze. Und seit der Revision des Militärgesetzes im Jahr 2008, wonach die Munition nun nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden darf, bringe die Initiative einzig mehr finanziellen und administrativen Aufwand – nicht mehr Sicherheit.

Kindheit und Jugend waren «fast perfekt»

Der nahtlose Rollenwechsel von der Polizistin zur Politikerin passt zu Geissbühler. Im Leben der 34-Jährigen sind überraschende Richtungswechsel und ungewohnte Leidenschaften auszumachen. Aufgewachsen ist sie in der legendären Halensiedlung im Norden Berns, die sowohl bei der Architektur wie beim Zusammenleben der Bewohner neue Akzente setzte. Ihre Eltern waren beide Sportlehrer. Zusammen mit ihren drei Brüdern, mehreren Zwergkaninchen und bis zu 35 Hamstern erlebte sie eine «fast perfekte» Kindheit und Jugend. Mit zehn Jahren erhielt sie – der Vater war dagegen – von ihrer Mutter ein Kleinpferd: Der tägliche Umgang mit Tina sollte ihr Leben entscheidend prägen. Geissbühler wurde zur unverbesserlichen Pferdenärrin. Auf Tina folgte Galaxie und schliesslich deren heute 14-jährige Stute Iltshi.

Der Pferdesport war aber nur eine ihrer Leidenschaften. Bis zu ihrem 19. Lebensjahr gehörte Geissbühler zur auserlesenen Gilde der Wasserspringerinnen. Auch dabei spielte der Einfluss ihrer Mutter und noch mehr jener ihres Grossvaters Ernst Strupler mit. Strupler war selber ein begnadeter Turmspringer, nahm 1948 an den Olympischen Spielen in London teil und ging später als «Schweizer Turnvater» in die Geschichte ein, nachdem er die tägliche Turnstunde in der Volksschule und das Institut für Sport- und Sportwissenschaften an der Universität Bern lanciert hatte. Die Begeisterung für den ungewohn-



Polizistin hoch zu Ross: SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler überwacht den Neujahrsempfang vor dem Bundeshaus. Bild Lukas Lehmann/Keystone

ten Sport färbte ab, die Spezialität der Enkelin sollte der Auerbachsalto werden.

Polizistin statt Kindergärtnerin

Beruflich machte die Turmspringerin und Springreiterin ebenfalls etliche Sprünge. Ihr Traumjob wäre Kindergärtnerin gewesen. Doch es kam an-

ders. Nach dem Kindergärtnerinnen-seminar schrieb sie gegen 100 Bewerbungen – und fand keine feste Anstellung. Also hielt sie sich mit Stellvertretungen über Wasser und machte eine Ausbildung für heilpädagogisches Reiten. Weil die Krankenkassen diese Therapieform für Kinder und Jugendliche mit ADS, Hyperaktivität, Verhaltensauffälligkeiten, Wahrnehmungsstörungen und Suchtproblemen nicht finanzierten, musste Geissbühler sich und ihr Pferd finanziell absichern – als Polizistin.

Und dann kam der wohl überraschendste Salto in ihrem Leben: Im Sommer 2007 kandidierte sie zusammen mit ihrer Mutter für den Nationalrat. Die zuvor politisch völlig unbescholtene Geissbühler verstand sich von Anfang an nur als Steigbügelhalterin für «Mammi», die als Berner Grossrätin sehr gerne ins Bundeshaus eingezogen wäre. Also tingelten Mutter und Tochter auf einem Tandem durch die Gegend, besuchten gemeinsam all die Wahlveranstaltungen – und waren dann beide kolossal überrascht, als nicht die Mutter, sondern die Tochter gewählt wurde. «Das kam für mich völlig unerwartet», sagt sich die Kaltstarterin, «damit habe ich bis zum Schluss nie gerechnet.»

Pflichtbewusst und jederzeit auf Parteilinie

Seither fällt Geissbühler im Bundeshaus vor allem durch zwei Eigenschaften auf: ihr Pflichtbewusstsein und ihre dezidierte SVP-Haltung. Sie hat noch nie an einem Sessionstag gefehlt, höchst selten eine Abstimmung verpasst. «Dafür bin ich gewählt», hält die eifrige Senkrechstarterin fest. Inhaltlich weicht sie kaum von der SVP-Linie ab. In etlichen Vorstößen und Voten forderte sie unter anderem eine konsequent harte Drogenpolitik, eine Sippenhaft der Eltern bei kriminellen Jugendlichen, eine Verschärfung des Jugendstrafrechts und die Rückkehr zum alten Bussenregime bei Vergehen und Verbrechen. Und vor allem will die Polizistin nicht einsehen, warum Gewalttäter, Sexualstraftäter und Mörder, die ihre Tat im Drogen- und Alkoholrausch begehen, ohne oder mit einer verminderten Strafe rechnen dürfen. Innerhalb der SVP kann sie mit diesen Themen punkten, ausserhalb weniger.

Geissbühler weiss um ihren Ruf als SVP-Hardlinerin: «Ich habe einfach eine sehr klare Einstellung.» Andererseits gehe sie jeweils auch die andere Seite an. Dies selbstverständlich nicht hoch zu Ross – und ohne dann gleich einen Salto rückwärts zu machen.

Abstimmung 13. Feb.
Waffen-Initiative
Weitere Infos: www.suedostschweiz.ch/dossier

treten. Es war diese Woche nicht ihr einziger Einsatz im aktuellen Abstimmungskampf: Am Dienstagabend war das Thema im Parteivorstand ihrer Wohnortsgemeinde Kirchlindach zu besprechen, gestern referierte sie zuerst am Morgen in Olten vor der Waffenlobby ProTell, gleich anschliessend vor der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im luzernischen Emmenbrücke. Es waren Heimspiele, und wie sie argumentiert, ist bekannt: Die meisten Tötungsdelikte erfolgten mit illegalen Waffen, weiss Polizistin

SONNTAGSKOLUMNE

Beunruhigend, aber nicht überraschend



Von Elham Manea

Die Nachricht ist sehr beunruhigend, aber nicht überraschend. Der Gouverneur der pakistanischen Provinz Punjab, Salman Taseer, wurde Anfang Januar von einem Leibwächter ermordet. Grund für die Ermordung war Taseers Unterstützung für die Abschaffung des pakistanischen Blasphemiegesetzes.

Beunruhigend ist die Nachricht, weil islamistische Organisationen, die sich zuvor gegen Gewalt und Terror ausgesprochen hatten und vom Westen als «moderat» bezeichnet wurden, den Mord von Taseer öffentlich bejubelten. «Kein Muslim soll an der Beerdigung teilnehmen oder für Salman Taseer beten», erklärte ein Spre-

cher einer dieser «moderaten» Organisationen. Zugleich warnten 500 islamische Geistliche in Pakistan ausdrücklich davor, um den Gouverneur zu trauern. «Wir zollen dem Mut und dem Glauben des Attentäters grossen Respekt», hiess es in einer Erklärung der Gelehrten. Spätestens da wurde klar, dass hinter der moderaten Fassade ein menschenverachtender und intoleranter Fanatismus steckt.

Aber überraschend war die Nachricht dennoch überhaupt nicht. Denn der Mord von Taseer ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik staatlicher Unterstützung eines dogmatischen politischen Islam in Pakistan. Diese Politik nahm ihren Anfang 1977 mit dem Militärputsch des Diktators Zia-ul-Haq, der mit Hilfe von Saudi-Arabien ein islamisches System errichtete. Die Lehrpläne in den Schulen wurden geändert und etwa 30 000 Religionsschulen eröffnet, mit dem Ziel, den wahhabitischen Islam zu verbreiten. Damals ging es darum, den Kommunismus zu bekämpfen. Heute betreibt die

politische Elite diese Art Politik aus rein opportunistischen Gründen. Ohne die Unterstützung des religiösen Establishments kann sie politisch nicht überleben. Folglich gibt es bislang keine ernsthaften Versuche, dieser fundamentalistischen Auslegung des Islam entgegenzuwirken. Ein Gutteil der Gesellschaft, das Militär, der Geheimdienstapparat und das religiöse Establishment ist von dieser Strömung von Islam geprägt und radikalisiert – was die öffentliche Feier in Islamabad von Anhängern des Mörders von Taseer erklärt.

Der ermordete Gouverneur war ein Mann mit Prinzipien. Er setzte sich gegen ein ungerechtes Gesetz ein – ein Gesetz, das die vorherrschende (Un-)Kultur der Intoleranz, die in Pakistan herrscht, widerspiegelt. Dieses ermöglicht es den Gerichten, Menschen wegen «Gotteslästerung» zum Tod zu verurteilen, und wurde kürzlich gegen eine Christin benutzt. Taseers Einsatz für diese Christin war entsprechend gefährlich. Keiner wusste das besser als er. Vor

seinem Mord haben religiösen Gelehrte und ein Teil der Presse eine Verleumdungskampagne gegen ihn geführt. Wiederholte Aufforderungen zu seiner Tötung wurden aus den Moscheen heraus gemacht, und diese Hassreden blieben unbestraft. Das politische Establishment hat Taseer im Stich gelassen, und er hat mit seinem Leben für seine Prinzipien bezahlt.

All das ist sehr alarmierend. Aber was mich am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, dass Pakistan kein Einzelfall ist. Zahlreiche arabische und islamische Staaten dulden die Verbreitung des fundamentalistischen politischen Islam. Als Folge davon leiden religiöse Minderheiten und Andersdenkende in diesen Gesellschaften. Angesichts des fehlenden Reformwillens ist eine Verbesserung der Lage nicht zu erwarten. Auch dies ist leider wiederum nicht überraschend.

Elham Manea ist Buchautorin, Politologin und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich. Sie ist jemenitisch-schweizerische Doppelbürgerin und engagiert sich für einen humanistischen Islam.

BDP will Zahl ihrer Mandate verdoppeln

Die BDP will Mittwählern eine «neue Heimat» bieten. Die gestrige Delegiertenversammlung bildete den Startschuss für den ersten nationalen Wahlkampf der Partei.

Liestal. – Im Nationalrat will die BDP ihre Sitzzahl von fünf auf mindestens zehn verdoppeln, wie Parteipräsident Hans Grunder gestern vor den Delegierten in Liestal (Basel-Landschaft) sagte. Auch im Ständerat strebe die Partei eine Verdoppelung auf zwei Sitze an. Erreichen will die seit gut zwei Jahren bestehende Partei dazu jene, die «sich in der Schweizer Politlandschaft zunehmend weniger aufgehoben» fühlen. Mittwählern wolle die BDP «eine neue Heimat» geben.

Wahlkampf mit Widmer-Schlumpf BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf werde im Wahlkampf «im Mannschaftsaufgebot der BDP» sein, sagte Grunder weiter. Auf «welcher Position» soll indes erst Ende Februar oder Anfang März dargelegt werden. Die Bundesrätin selbst war an der Versammlung anwesend, ergriff das Wort jedoch nicht.

Zur Waffeninitiative, über die am 13. Februar abgestimmt wird, beschloss die BDP mit 82:27 Stimmen die Nein-Parole. (sda)